



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



10.06.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Zoff um TTIP: Einigung wird schwierig

Der Lobbydruck von Gegnern des Freihandels hat Gutes für TTIP zur Folge: Das Europäische Parlament vertagte in Kampf-abstimmungen sowohl die Debatte, als auch die Abstimmung über einen Zwischenbericht zu den TTIP-Verhandlungen. 116 Änderungsanträge in letzter Minute in einem von Nichtregierungsorganisationen aufgeheizten Klima ließen eigentlich keine andere Wahl. Damit bleibt ein weiterer Monat zur Information und zur Überzeugung von Kolleginnen und Kollegen vor allem aus dem linken Lager. Mit vielen Falschinformationen und Halbwahrheiten versuchen die Gegner des freien Welthandels das geplante Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA in ein schlechtes Licht zu rücken. Der Text des Außenhandelsausschusses unterstützt die Bemühungen der Kommission, in vernünftigen und sachlichen Diskussionen ein "umfassendes, ambitio-

niertes und ausgewogenes Handels- und Investitionsabkommen" mit den USA abzuschließen, und betont nochmals die positiven Auswirkungen von Handelserleichterungen besonders für kleine und mittlere Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher in der Europäischen Union.

Dieser Zwischenbericht könnte ein wichtiges Signal an unsere amerikanischen Partner sein. Voraussetzung ist aber, dass es eine klare Mehrheit dafür gibt. Mir ist TTIP sehr wichtig: Der Exportweltmeister Deutschland hängt an Freihandelsabkommen wie kein zweiter EU-Staat. TTIP wird die Vorlage für ein Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und China. Alles, was im US-EU-Abkommen nicht drin stehen wird - etwa zum Investorenschutz - werden wir auch im Handelsabkommen mit China nicht durchsetzen können! Und: Zeit zählt! Die USA verhandeln bereits mit China und dem pazifischen Raum um ein Freihandelsabkommen. Darin werden Standards gesetzt. Die Frage ist auch: Sind wir mit den USA

schneller, um unsere Standards und unsere Werte durchzusetzen? TTIP wahrt unsere hohen Standards bei Regulierungen, bringt aber Transparenz - etwa die Offenlegung von Genehmigungsschritten zur Produktzulassung und die Angabe von Genehmigungsbehörden. Ziel des Freihandels ist, Willkür und Ausländerdiskriminierung auszuschließen. Zur Frage des Investorenschutzes und der Streit-schlichtung gibt es Reformen - etwa Berufungsmöglichkeiten und eine unabhängige Streitschlichtung. Fortsetzung folgt...

Ein Auge auf die Betrugsbekämpfung

Großer Erfolg: Mit 448 zu 197 nahm das Parlament einen von mir mitverfassten Entschließungsantrag an. Dieser Antrag zeigt die Ergebnisse des Überwachungsausschusses über das Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) auf. Der Jahresbericht kritisiert Rechtsverstöße des Amts, statistische Manipulationen und Verfahrensfehler. Weltweit kritisiert die EU solche Übergriffe, aber im eigenen Haus dulden wir

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



10.06.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

es? Das Parlament hat dazu auf meinen Antrag hin klar nein gesagt. Bis zum 31. Dezember 2015 sollen Kommission und Amt einen Aktionsplan vorlegen.

Einigkeit gegenüber Russland zeigen

Die militärische Aggression in der Ostukraine hält uns in Atem. Nach der Annexion der Krim muss das Parlament eine neue Strategie für den Umgang mit Russland finden. In einer Resolution verwarft sich das Parlament gegen die sogenannte "Schwarze Liste", die unter anderem 19 Mitgliedern des Europäischen Parlaments die Einreise nach Russland verbietet. Das ist ein klarer Bruch des Völkerrechts. Diese Liste ist kontraproduktiv in der angespannten Lage zwischen Europäischer Union und Russland. Auch die Einschränkung der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit in Russland sind besorgniserregend. Entspannung und eine erneute strategische Partnerschaft wird es erst wieder geben können, wenn Russland sich kooperationsbereit zeigt. Ich

persönlich halte gar nichts von der jüngsten und aus eigener Macht verfügten Maßnahme von Parlamentspräsident Schulz - dem Hausverbot für den russischen Botschafter.

Klimaschutz durch Doha voranbringen

Klimaschutz: Ja zur Doha-Änderung des Klimaprotokolls von Kyoto. Das Kyoto-Protokoll legt weltweite Reduktionsziele für Emissionen fest. Die Europäische Union will ihren Schadstoffausstoß um 20% reduzieren. Mit der Doha-Änderung wird ein zweiter Verpflichtungszeitraum bis zum Jahr 2020 festgesetzt.

Geistiges Eigentum in Drittländern schützen

Er klingt bürokratisch, der „EU-Aktionsplan für einen neuen Konsens über die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten“. Gemeint ist: Eine erfolgreiche Bekämpfung von Raubkopien und anderen Urheberrechtsverletzungen. Dazu brauchen wir eine neue Strategie, etwa die Verfolgung der Finanzströme, die mit dem illegalen Handel der nachge-

ahmten Produkte entstehen. Außerdem müssen kleine und mittlere Unternehmen stärker dabei unterstützt werden, ihr Know-How vor Diebstahlversuchen zu schützen.

Ungarn: Europäische Werte bewahren

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán wurde für seine Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe hart kritisiert. Er hat diesen Vorschlag - der auf die rechtsextreme ungarische Opposition zielt - inzwischen zurück genommen. Verstöße gegen die Werteordnung der EU sind nicht hinnehmbar. Die Achtung von Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit ist unabdingbar.

Besuch aus der Heimat im Europaparlament

"Heidenheim-Woche" im Europäischen Parlament in Straßburg: Den Altersgenossenverein 1942/43 sowie zwei Gruppen des Hellenstein-Gymnasiums Heidenheim konnte ich in dieser Woche begrüßen und Einblicke in meine Arbeit geben.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle